

Solarpark-Pläne Lengenfeld: Was die Gegner an der A 72 verhindern könnten - und was wohl nicht



Von [Gerd Möckel](#)



Wenn Baurecht besteht, soll die heiße Phase der Solarpark-Planung für die A 72 entlang von Weißensand, Schönbrunn und Waldkirchen starten. Von einem Baustart gehen die Investoren immer noch für Mitte 2025 aus. Bild: Oliver Berg/dpa



Artikel anhören:



00:00 / 00:00



Von Traktoren bis Bürgerbegehren - das 70 Millionen-Projekt trifft auf viel Ablehnung. Der Investor sagt: Selbst wenn ich nicht bauen würde, „andere stehen schon Schlange“.

Lengenfeld. Seit Monaten drücken die Gegner der [Solarpark-Pläne an der A 72](#) in den Ortslagen Weißensand, [Schönbrunn](#) und [Waldkirchen](#) ihren Unmut in verschiedener Form aus. Mit Traktoren auf dem Markt oder Wortmeldungen auch im Stadtrat. Zuletzt hat die „Initiative gegen Umweltzerstörung durch Solaranlagen und Windräder im Vogtland“ angekündigt, [ein Bürgerbegehren auf den Weg bringen](#) zu wollen. Fiele ein so zustandekommender Bürgerentscheid gegen die Solarpläne aus, so die Initiatoren, sei er im Hinblick auf die Haltung der Stadt bindend.

Doch selbst wenn es aus [Lengenfeld](#) ein Kontra zu dem 70 Millionen-Projekt gäbe - die Investmentfirma Agenpa könnte wohl dennoch bauen.

Die Gesetzeslage

Das bestätigt der Lengenfelder Bauamtsleiter. „Der Investor könnte auch ohne Bauleitplanung aktiv werden, da es sich um ein privilegiertes Vorhaben handelt. Er müsste nur einen Bauantrag stellen. Es gäbe in diesem Fall kein wirkliches Argument dagegen“, sagt Dirk Brandt. Und im Fall des Falles, sagt Carl Philipp Riedel von Vorhabensträger Agenpa, „würden wir das auch machen“. Und selbst wenn Agenpa abspringen würde, „würden das andere tun, andere Firmen stehen schon Schlange“. Das wisse er aus Gesprächen mit den insgesamt über 50 Grundstückseigentümern, die Solarflächen zur Verfügung stellen.

Grundlage für die zumindest teilweise Verwirklichung der Pläne bietet eine relativ neue Bestimmung im Baugesetzbuch, wonach Solarparks entlang von Autobahnen in einem 200 Meter-Korridor privilegiert sind. Damit ist das in Lengenfeld derzeit unter Beteiligung von Behörden öffentlich laufende Planaufstellungsverfahren gar nicht erforderlich. Lediglich dem Vorhaben entgegenstehende „öffentliche Belange“ müssten geprüft werden. Das Projekt, sagt der Amtsleiter, würde möglicherweise so nicht in Gänze, wohl aber „kleinteiliger“ verwirklicht werden können.



Die Solarparks an der A 72 bei Lengenfeld sollen teilweise beweidet werden. Vorgesehen sind auch Biotope mit nur moderater Pflege. Bild: M. Münch/Elektrotechnik

„Gezahlt wird von Tag eins an“

Würde es im Stadtrat also keinen für den Investor positiven Satzungsbeschluss geben, dann würden wohl lediglich nur die außerhalb des Korridors geplanten Anlagen nicht gebaut. „Da den Gegnern aber gerade im Fall von Weißensand die Anlagen innerhalb des Korridors ein Dorn im Auge sind, ergibt der Widerstand gar keinen Sinn“, sagt Carl Philipp Riedel - der im Hinblick auf die Proteste generell von „Stimmungsmache, Angstmacherei und Partikular-Interessen“ spricht.

Dazu zähle etwa das zuletzt vorgebrachte Bedenken, Gewerbesteuern würden möglicherweise erst nach vielen Jahren an die Stadt gezahlt werden. „Woher diese Erzählung kommt, ist mir schleierhaft. Gezahlt wird von Tag eins an“, sagt der Chef der Investmentfirma. Eine Aussage, die der Bauamtsleiter bestätigt. „Selbstverständlich ist das so.“ Zu den Lengenfeld perspektivisch winkenden Mindest-Einnahmen von insgesamt bis zu acht Millionen Euro bei einer Laufzeit von 20 Jahren zähle zudem neben Pachterträgen für kommunale Grundstücke auch die Kommunalabgabe.

Bürgerbegehren und Co: Der Stadtrat entscheidet

Auch das Argument, nach 20 Jahren Laufzeit würde auf den Parkflächen Sondermüll stehen, sei Polemik. Es gebe eine Rückbaugarantie gegenüber den Grundstücks-Eigentümern, die via Bankbürgschaft unabhängig davon greife, was der Investor dann möglicherweise tue. Zudem halte sich die Sichtbarkeit der Anlagen auch in Weißensand in Grenzen. „Wir sind bewusst im Bereich des Hochplateaus geblieben.“ Die Initiativen gegen die Solarpläne, sagt Carl Philipp Riedel, seien „eine Verschwendung von Ressourcen“. Nicht zuletzt auch für den Investor, der gegebenenfalls „viele Tausend Euro für Anwälte“ ausgeben müsse.

Derweil nehmen die Dinge ihren Lauf. Wie die Stadt bestätigt, ist der Antrag auf ein Bürgerbegehren eingegangen. Der Stadtrat werde entscheiden, ob es zulässig ist. Unabhängig davon kommt es im Bauleitplanungs-Verfahren in der nächsten Stadtratssitzung zur Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen zu dem Projekt. Wie der Bauamtsleiter sagt, könne in einer der nächsten Sitzungen bereits der Satzungsbeschluss anstehen. Nach einer Prüfung des Ergebnisses durch die [Kommunalaufsicht](#) könnte dann Baurecht herrschen. (gem)



Carl Philipp Riedel - Geschäftsführer der Berliner Investmentfirma Agenpa. Das Unternehmen tritt mit der Firma Clean Source Energy im Vogtland als Vorhabensträger auf. Bild: Agenpa/privat